

POSTEINGANG

Zur Berichterstattung über einen Einsatz der Bundeswehr in Kongo

Verständliches Zögern

Die Demokratische Republik Kongo hat ihre Bevölkerung von 12 auf 61 Millionen in gerade einmal 55 Jahren verfünffacht. Mit 30 Millionen Kindern unter 15 Jahren ist der Kongo beim Nachwuchs schon halb so stark wie Amerika, das aber fünfmal so viele Einwohner hat (300 Millionen). Er ist alsbald dreimal so stark wie die Bundesrepublik (2005: zwölf Millionen Kinder). Deutschland hat im hier üblichen Kampfpalter von 20 bis 29 nicht einmal fünf Millionen Mann (2005). Der Kongo hat im dort üblichen Kampfpalter von 15 bis 29 bereits heute 8,5 Millionen Mann (2005). Denen folgen 15 Millionen Knaben, die jetzt noch jünger als 15 Jahre sind. Das wirklich große Töten hat dort also noch gar nicht richtig angefangen.

Und doch verliert der afrikanische Koloss im seit 1998 tobenden Bürgerkrieg/Krieg/Völkermord in nur sieben Jahren etwa vier Millionen Menschen – zumeist Zivilisten. Mit diesen Opfern und ihrem potenziellen Nachwuchs stände das Land bei 70 Millionen Einwohnern. Kongos männliche Bevölkerung hat ein Durchschnittsalter von 15 Jahren. In Deutschland sind es 41.

Nun sollen deutsche Soldaten – im Normalfall rare einzige Söhne – im Kongo dafür sorgen, dass dritte und vierte Brüder bei den Wahlen eine Massakerpause einlegen. Als 1998 das hekatombische Eliminieren einsetzte, brach die durchaus beeindruckende ökonomische Entwicklung des Kongo abrupt ab, und ein weiterer „Failed State“ betrat die Weltbühne. Zwischen 1970 und 1990 ging das Pro-Kopf-Einkommen von 800 auf mehr als 1300 \$. Bis 2005 sackte man wieder auf 800 \$ herunter. Wie bei der Analyse anderer Konflikte Afrikas bleibt auch beim Kongo der heimische „Youth Bulge“ gänzlich außer Betracht. Über vier Generationen hinweg hinterlassen abtretende Väter eine Position, um die dann drei oder vier Söhne konkurrieren müssen. Dieses Problem entfaltet seine blutige Brisanz mit und ohne Demokratie und lässt sich auch durch wirtschaftliches Wachstum nicht neutralisieren. Auch die Bundeswehr hätte darauf keinen Einfluss, könnte aber böse getroffen werden. Kann da die Zögerlichkeit des zuständigen Ministers verwundern, den Kongo-Oberbefehl für Deutschland einzufordern?

Prof. Gunnar Heinsohn,
Raphael-Lemkin-Institut für Xenophobie- und Genozidforschung, Universität Bremen

Zum Gastkommentar „Das ewige römische Dilemma“ von Harold James über die USA im Vergleich mit Rom, FTD vom 22. Februar

Würde stärken

Mit Blick auf den Frieden von Versailles sagte ein niederländischer Diplomat: Er sei die Grundlage für einen langen, gerechten Krieg. Und der zweite Krieg wurde sehr lang, aber nicht gereicht. Die Regeln wurden aus einer Position der Macht festgelegt, später beugte man sich lange der Gewalt Hitlers.

So wie der Westen versucht, die Regeln festzulegen (etwa im Irak), sieht er sich auch gezwungen, der Gewalt (etwa bei den eigenen brenden Botschaften) schrittweise nachzugeben. Ich bin sicher, dass ein Teil darin besteht, die Würde des Menschen (auf allen Seiten) anzuerkennen und zu bestärken. Ansonsten kann es einen langen, ungerechten Krieg geben.

Dr. Daniel Petters, Hamburg

Zum Bericht „Müntefering kürzt Geld für junge Arbeitslose“, FTD Online vom 12. Februar

Gefühles Problem

Zwei zentrale Dinge in der Begründung für die neuerliche Absenkung der SGB-II-Leistungen sind nicht korrekt. Erstens: Viele junge Menschen zögen aus dem Elternhaus aus, um eine eigene Bedarfsgemeinschaft zu gründen und die vollen Alg-II-Leistungen zu beziehen. Diese Behauptung wird seit einigen Monaten immer wiederholt. Dafür gibt es allerdings keine Zahlen. Es ist ein „gefühltes Problem“.

Zweitens: Jeder arbeitslose Jugendliche bekomme Alg-II-Leistungen ohne Rücksicht auf das Einkommen der Eltern. Dies kann nur behaupten, wer nicht in das Gesetz gesehen hat. In § 33 ist der Unterhaltsrückgriff auf das Einkommen der Eltern festgelegt, für all die Jugendlichen, die unter 25 sind und keine abgeschlossene Erstausbildung haben. Dies gilt für zirka 70 Prozent der Jugendlichen im Alg-II-Bezug. Die geplanten Änderungen werden zu neuen Schwierigkeiten führen, aber die beabsichtigte Wirkung nicht erzielen, weil die Probleme falsch beschrieben sind.

Uwe Söhl, Braunschweig

LESERBRIEFE

Die abgedruckten Leserbriefe geben ausschließlich die Meinung der Einsender wieder. Zuschriften ohne vollständige Angabe des Absenders werden nicht veröffentlicht. Wir behalten uns das Recht auf Kürzungen vor. Bitte nutzen Sie folgende Adressen: leserbriefe@ftd.de; per Fax: 040/31990-506 oder per Post: Brieffach 02, 20444 Hamburg, Kennwort: Leserbrief

ZITAT DES TAGES

„Jeder Kopf, der aus dem Stall herausguckt, wird getötet“

Till Backhaus, Landwirtschaftsminister von Mecklenburg-Vorpommern, zur Einhaltung der Stallpflicht für Geflügel

IMPRESSUM

Die Financial Times Deutschland ist überregionales Pflichtblatt aller acht deutschen Wertpapierbörsen

Chefredakteur: Steffen Klusmann
Stellvertretende Chefredakteure: Ulf Schlüter, Stefan Weigel

Geschäftsführender Redakteur/ Chef vom Dienst: Ulf Schlüter, Isabelle Arnold (Stv.), Cosima Jäckel (Stv.)

Art Direction: Mika Schiffer, Nils Werner
Bildchef: Peter Raffelt
Infografikchef: Andreas Mohrmann

Ressort Unternehmen: Guido Warlimont (verantwortl.), Jörn Paterak (Stv.); Matthias Lambrecht (IT und Medien), Claus Gorgs (Industrie und Dienstleistungen)

Ressort Politik: Margaret Heckel (verantwortl.), René Gribnitz (Stv.); Claus Hulverscheidt (Deutsche Politik), Olaf Gersmann (Ausland); Wolfgang Proissl (Europapolitik)

Ressort Finanzen: Sven Clausen (verantwortl.); Tim Bartz (Märkte und Finanzen); Jörg Berens (Das Kapital)

Ressort Agenda und Weekend: Dr. Nikolaus Förster (verantwortl.), Christian Baulig (Stv.), Tillmann Prüfer (Stv.); Christian Schütte (Kommentar)

Ressort Electronic Media: Kirsten Haake, Dr. Anton Notz (verantwortl.)
Seite 1: Andreas Theysen
Köpfe und Karrieren: Harald Ehren
Politische Korrespondent: Peter Ehrlich
Chefökonom: Thomas Fricke
Kolumnist: Lucas Zeise

Beilagen: Volker Bormann
Lektorat: Jan Lehmann
Übersetzungen: Matthias Schulz

Verantwortliche Redakteure im Sinne des Presserechts sind die als solche genannten Redakteure für ihren Bereich, im Übrigen die Chefredaktion. Sitz des Ressorts Politik ist Berlin, des Ressorts Finanzen Frankfurt am Main, im Übrigen Hamburg.

Verlag: Financial Times Deutschland GmbH & Co KG
Geschäftsführer: Christoph Rühl, Dr. Christoph Weger
Anzeigenleiter: Mario Suchert (verantwortl.)
Verlagsleiterin Editionen: Julia Erben
Leiterin Marketing: Tanja Madsen
Leiterin Presse- und Öffentlichkeitsarbeit: Susanne Petersen

Vertrieb: DPV Deutscher Pressevertrieb, Leitung: Kay Helmecke, Düsternstr. 1-3, 20355 Hamburg

Abbestellung: FTD-Kundenservice, Postfach 80 80, 37568 Einbeck, Tel.: (+49) 1802/81 82 83*, Mo. bis Fr. 7 bis 20 Uhr, Fax: (+49) 1802/81 82 84*
* € 0,06 pro Anruf bzw. Fax aus dem deutschen Festnetz; www.ftd.de/abo, E-Mail: abo@ftd.de
Abgabe: Inland (inkl. MwSt.): € 35 pro Monat, € 403,20 pro Jahr; Studenten, Wehrpflichtige und Zwillingsleistungen gegen Vorlage einer

Beschneigung: € 17,50 pro Monat, € 201,60 pro Jahr. Die FTD erscheint bösartig montags bis freitags.

Anzeigenabteilung: Tel.: 040/319 90-278, Fax: -214
E-Mail: media@ftd.de
Anzeigen-/Druckunterlagen-Schluss ein Werktag vor Erscheinen, 9 Uhr

Nachdruckrechte/Syndication: Tel.: (+49)-40-319 90-631

Verlag und Redaktion Hamburg Stubbenhuk 3, 20459 Hamburg
Tel.: 040/319 90-0, Fax: -310
Redaktion Frankfurt Nibelungenplatz 3, 60318 Frankfurt am Main
Tel.: 069/15 30 97-0, Fax: -50
Redaktion Berlin Friedrichstraße 60, 10117 Berlin
Tel.: 030/220 74-0, Fax: -150

www.ftd.de
E-Mail: leser-service@ftd.de

ISSN 1615-4718

Druck: Presse-Druck- und Verlags-GmbH, 86167 Augsburg; Mannheimer Morgen Großdruckerei und Verlag GmbH, 68167 Mannheim; Druck- und Verlagszentrum GmbH & Co. KG, 58099 Hagen; G + J Berliner Zeitungsdruck GmbH, 10365 Berlin

A B H M

Der Sputnik-Effekt

Die deutschen Hochschulen sollen den Anschluss an die Spitze schaffen. Doch die fehlende politische Förderung transdisziplinärer Arbeit wird echte Erfolge verhindern **VON CHRISTOPH HERRMANN UND GÜNTER MOELLER**

Als am 4. Oktober 1957 der Satellit Sputnik ins All aufstieg, war die westliche Welt geschockt, wie weit sich die Sowjetunion bereits in technischer und wissenschaftlicher Hinsicht entwickelt hatte. Die amerikanischen Forschungsinvestitionen stiegen in den folgenden zehn Jahren um gut 200 Prozent.

Dieser plötzliche Geldsegen hat dort jedoch weder zu einem übertriebenen Forschungszentrismus geführt noch zu einer einseitigen Bevorzugung einzelner Wissenschaftsdisziplinen. Im Gegenteil: Es entstand eine Bildungs- und Forschungslandschaft, die bis heute vom Prinzip der Dezentralität, von multi- und transdisziplinären Arbeitsweisen und von einem fachbereichsübergreifenden kollaborativen Geist geprägt ist.

Viele Kerninnovationen, vom Internet über die Umwelt-, Bio-, Gen- und die Nanotechnologie bis hin zur Mechatronik und zur Telematik wären ohne die interaktive Zusammenarbeit verschiedenster Fachdisziplinen kaum denkbar. Die zentrale Innovationsleistung resultiert aus dem gemeinsamen Dialog, der disziplinäre Grenzen bewusst überwindet. Sucht man nach Beispielen, wo ein solcher Geist im Alltag idealtypisch gelebt wird, so kann man diese vor allem in Forschungszentren entdecken, wie sie in Amerika seit Jahrzehnten existieren (so das berühmte „Media Laboratory“ am MIT und das „Bio-X“ Programm in Stanford).

Die Praxis zeigt, dass sich durch die Einrichtung transdisziplinärer Forschungsprogramme nicht nur der wissenschaftliche Fortschritt

deutlich beschleunigen lässt. Es resultieren meist eine Vielzahl von Patenten, vermarktbarer Anwendungen und hochinnovativer Spin-offs, von denen auch die Wirtschaft profitiert.

Natürlich gibt es auch in Deutschland inzwischen diverse transdisziplinäre Forschungseinrichtungen (so das „Center for Nanoscience“ der LMU München). Umso erstaunlicher ist, dass die großen Linien der deutschen Bildungs- und Forschungspolitik immer noch in eine ganz andere Richtung weisen.

Von der Förderung isolierter Schwerpunktbereiche an den so genannten Elitehochschulen über die engmaschigen Clusterinitiativen verschiedener Bundesländer bis hin zur radikalen Modularisierung der Studiengänge: Statt dem dezentral-multidisziplinären Vorbild der Post-Sputnik-Ära zu folgen, neigt die Wissenschaftspolitik derzeit dazu, disziplinäre Grenzen über dirigistische Vorgaben eher noch zu verstärken.

Ursächlich für diese Fehlsteuerung ist unter anderem ein falsches Institutionenverständnis. Dieses führt, um dem Wissenschaftstheoretiker Jürgen Mittelstraß zu zitieren, zu einer problematischen „Verselbständigung von Teilsystemen, wo doch eigentlich Vernetzung auf niedrigem institutionellen Niveau das Gebot der Stunde sein sollte, nicht Ausbau von Systemselbständigkeiten auf hohem institutionellen Niveau“.

Gefördert wird so eher die Immobilität von Wissenschaft und Forschung, statt der für Innovationen unerlässlichen Mobilität und Transdisziplinarität.

Interessanterweise wird dieses Dilemma auch durch die diversen Neugründungen im Universitätsbereich nicht wirklich kompensiert. Ein Beispiel hierfür liefert die gerade eröffnete European School of Management & Technology in Berlin. Hier hat man sich nicht wirklich an den selbst gewählten Vorbildern (Harvard University, MIT) orientiert, sondern eine reine Business School geschaffen, was dem multi- und transdisziplinären Ansatz amerikanischer Research Universities deutlich widerspricht.

Ganz ähnlich die Zollverein School in Essen als Gemeinschaftsprojekt der Universitäten Essen-Duisburg, Wuppertal und des Initiativkreises Ruhrgebiet. Auch hier wurde „nur“ eine weitere MBA-Schule geschaffen, die zwar kreativ ausgerichtet ist, aufgrund der engen Akkreditierungsvorgaben für MBAs jedoch dazu gezwungen ist, vornehmlich klassisches Management-Know-how zu lehren.

Wie man es anders machen kann, hat jüngst wieder eine amerikanische Hochschule gezeigt. Das neu gegründete und mit einer Stiftung von 35 Millionen US-Dollar ausgestattet „Hasso Plattner Institute of Design at Stanford“ versteht sich bewusst als Ort, an dem Stanford-Studenten unter-

schiedlichster Fakultäten (vom Engineering und Design über die Medizin bis hin zu den Management- und Geisteswissenschaften) gemeinsam an der Lösung konkreter Innovationsaufgaben arbeiten können. In Deutschland wird man nach derart revolutionären Ansätzen lange suchen müssen. „Die Berührungspunkte zwischen den einzelnen Fakultäten und Fachbereichen sind einfach immer noch zu groß. Hinzu kommt ein hohes Maß an Satiertheit und Ichbezogenheit vieler Hochschullehrer, was ein – noch dazu transparentes – Überschreiten disziplinärer Grenzen oft unmöglich macht“, so Professor Peter Schuck, ehemaliger Dekan des Fachbereichs Design an der Fachhochschule München. Inwieweit das von José Manuel Barroso gestern vorgestellte Konzept einer europäischen Super-Universität die hier konstatierte Problematik überwindet, ist fraglich. Zwar verfolgt Barroso mit seinem Hochschulkonzept das „Netzwerkprinzip“ und mit Bill Gates hat er offensichtlich auch schon einen zahlungskräftigen und symbolträchtigen Sponsor gefunden. Inwieweit bei der Umsetzung dieses Hochschulprojekts jedoch wirklich transdisziplinäre, den dynamischen Umfeldbedingungen angepasste Forschungs- und Lehrstrukturen etabliert werden, bleibt abzuwarten.

CHRISTOPH HERRMANN und **GÜNTER MOELLER** sind Berater und lehren strategisches Innovations- und Designmanagement an der European Business School in Oestrich-Winkel und an der Fachhochschule Osnabrück.

100 Tage Pragmatismus

Rot-Schwarz kommt gut an, weil die große Koalition so ist wie Deutschland selbst: Durchschnitt



MARGARET HECKEL

Seit 16 Jahren sitzt Ronald Pofalla schon im Bundestag für die CDU, und dennoch klagten einige Abgeordnete, sie wüssten gar nicht, wofür er steht. Trotzdem wurde der 46-jährige Rechtsanwalt vorige Woche mit überwältigender Mehrheit zum neuen CDU-Generalsekretär gewählt. Seine Profillosigkeit scheint kein Nachteil, sondern eher ein Vorteil zu sein. Pofalla gilt als wenig ideologisch, offen, gesprächsbereit. Und vor allem: effizient.

Damit ist er so etwas wie der Prototyp der großen Koalition. Deren Ziel ist es nicht, Deutschland zu verändern. Oder, um in der Merkel-Sprache zu bleiben: „Kleine Schritte“ statt „großer Würfe“. Das ist weit weniger ambitioniert als das Kohlsche Werte- und Vereinigungspathos oder das rot-grüne Projekt.

Dafür scheint es weder die Protagonisten noch die Bevölkerung zu überfordern. Nachdem Deutschland in vielen Bereichen von der Bildung bis zum Wirtschaftswachstum in den vergangenen Jahren unterdurchschnittlich war, könnte es so immerhin gelingen, wieder Durchschnitt zu werden. Mehr allerdings auch nicht.

Fehlentscheidung Kinderbetreuung

Das bislang illustrativste Beispiel für diesen Politikstil ist die Debatte um die Absetzbarkeit von Betreuungskosten für Kinder. Eigentlich wollte Familienministerin Ursula von der Leyen ein höchst elitäres Programm starten: Doppelverdiener mit Kindern sollten ermuntert werden, mit Hilfe von großzügigen Steuerabzügen Haushaltshilfen legal einzustellen. Dies war eine Politik für eine Minderheit in der Bevölkerung – allerdings eine sehr zielgerichtete. Mit den vorgesehenen Förderbeträgen wäre es realistisch gewesen, dass in Privathaushalten einige Zehntausend neuer legaler Jobs geschaffen worden und entsprechend viele Menschen aus der Arbeitslosigkeit geholt worden wären.

Doch der Politneuling von der Leyen hatte keine Chance gegen die Durchschnittspolitik und ihre Durchschnittsargumente. Nun wird die Förderung so ausgelegt, dass alle mit Kindern etwas abbekommen. Wenig, aber dafür im

Durchschnitt. Das befriedigt das Gerechtigkeitsempfinden und wird deshalb anscheinend als gut empfunden. Das eigentliche Ziel wird jedoch nicht erreicht, denn kein einziger neuer Arbeitsplatz dürfte dadurch geschaffen werden.

Durchschnittspolitik ist auch der soeben aufgestellte Haushalt für dieses Jahr. Fast alle Experten – unter der Hand auch der Finanzminister – sagen, dass es möglich gewesen wäre, dieses Jahr das Drei-Prozent-Defizitkriterium einzuhalten. Allerdings hätte das neue Sparprogramm einen großen Kraftakt bedeutet. Mithin also das Gegenteil einer Politik, von der der Durchschnitt profitiert. Also wird Deutschland in diesem Jahr wieder gegen die Defizitgrenze verstoßen und sich dafür der verschärften Aufsicht der EU-Kommission unterwerfen. Sollte diese radikale, also nicht durchschnittliche, Schritte einfördern, kann man die Verantwortung dafür bequem auf sie abschieben.

Wenn Politik für den Durchschnitt allerdings bedeutet, Klientelpolitik zu entsagen, ist sie

„Die Koalition will Deutschland nicht verändern. Das Ziel ist, dass das Land wieder funktioniert“

manchmal sogar ausgesprochen hilfreich. Hier ist die 100-Tage-Bilanz von Rot-Schwarz noch nicht eindeutig. Einerseits hat die große Koalition die so genannte 58er-Regel verlängert, nach der Ältere unter bestimmten Bedingungen vor dem regulären Rentenalter in Frührente gehen können. Das nützt einer kleinen Gruppe von Betroffenen und ihren Arbeitgebern, muss aber von der Allgemeinheit der Sozialabgabenzahler teuer mitfinanziert werden.

Auf der anderen Seite hat Bundesarbeitsminister Franz Müntefering bislang bei dem sozialpolitisch viel wichtigeren Projekt der „Rente mit 67“ Klientelforderungen standgehalten. Das ist umso verdienstvoller, als weite Teile seiner eigenen Partei Ausnahmen für bestimmte Berufsgruppen fordern. Bleibt es dabei, wird hier sinnvoller Politik für den Durchschnitt gemacht: Wer 45 Jahre Beiträge gezahlt hat, kann

ohne Abschläge in Rente gehen. Wer nicht, muss länger arbeiten, gegebenenfalls bis 67.

Eine Rückkehr zum Durchschnitt im Sinne einer Abkehr von Extratouren lässt sich auch in der Außenpolitik konstatieren. Hier war es Angela Merkel selbst, die als Bundeskanzlerin den abweichenden Kurs ihres Vorgängers korrigiert hat. Statt auf Sonderwegen mit Frankreich zu marschieren, hat sie Deutschland wieder auf mittleren Kurs gelenkt – ins Zentrum der EU, kritisch-distanzierter zu Russland, näher an der transatlantischen Wertegemeinschaft.

Der Schock der Wahnacht

Nun sind 100 Tage nicht viel mehr als ein mehr oder weniger willkürlich festgelegter Zeitraum. Ursprünglich geht die 100-Tage-Frist auf den US-Präsidenten Franklin D. Roosevelt zurück, der sein „New Deal“-Programm in den 30er Jahren des 20. Jahrhunderts so begründete: Man werde in 100 Tagen die ersten positiven Folgen der Reform sehen können.

Nach 100 Tagen Merkel/Müntefering lässt sich konstatieren, dass sich die Bevölkerung vom rot-grünen Reformstress erholt hat. Was offensichtlich als Überforderung empfunden wurde, hat nachgelassen. Was jetzt gefordert wird, scheint als machbar gesehen zu werden.

Dass die Regierung hier wieder im Einklang mit der Bevölkerung ist, ist vor allem für ihre oberste Repräsentantin angenehm, für Angela Merkel. Es spiegelt sich sehr klar in ihren außerordentlich guten Ratings wider. Keiner ihrer Vorgänger hat eine derartige Popularität im Volk erreicht wie die Frau aus dem Osten, der dies kaum einer vor ihrer Wahl zugetraut hätte.

Ausgerechnet für sie dürfte die Durchschnittlichkeit ihrer Regierung allerdings auch zum größten Problem werden. Mit diesem Politikstil verabschiedet sie sich von Spitzenleistungen und Radikalreformen, die sie vor ihrer Wahl noch gefordert hatte. Das dürfte natürlich dem Schock der Wahnacht geschuldet sein.

Dass Angela Merkel heute so viel milder, gemäßiger und massenkompatibler erscheint, dürfte sehr viel mit diesen Stunden zu tun haben, als die Wähler ihr Radikalprogramm abstrafte. Und der Koalitionsarithmetik von Rot-Schwarz kommt Durchschnittlichkeit ohnehin sehr viel mehr entgegen als Spitzenanstrengungen. Macht weniger Mühe und mehr Freunde.

E-MAIL heckel.margaret@ftd.de

MARGARET HECKEL leitet das Politikressort der FTD. Sie schreibt jeden zweiten Montag an dieser Stelle.